



KfW-Studie: Sechs Billionen Euro für Klimaneutralität – wer soll das finanzieren?

Ute Pappelbaum

Deutschlands Unternehmen sollen ihre Produktionsanlagen modernisieren, Energieversorgung und Fuhrparks umstellen und zugleich international wettbewerbsfähig bleiben. Private Haushalte müssen Gebäude sanieren, Heizungen erneuern und auf Elektromobilität umsteigen. Gleichzeitig stehen Bund, Länder und Kommunen vor der Aufgabe, eine vielerorts sanierungsbedürftige Infrastruktur zu modernisieren. All das soll bis 2045 zur Klimaneutralität führen.

Welches Kapital dafür benötigt wird, hat das Wirtschaftsforschungsinstitut Prognos im Auftrag der KfW erneut berechnet. Das Ergebnis: sechs Billionen Euro bis 2045, umgerechnet rund 290 Milliarden Euro jährlich.

Allerdings müsste Deutschland auch ohne Klimatransformation erheblich investieren. Fahrzeuge werden ersetzt, Produktionsanlagen erneuert und Gebäude instand gehalten. Entscheidend ist deshalb, welcher zusätzliche Aufwand durch den Wechsel zu klimafreundlichen Technologien entsteht. Diesen beziffert die KfW auf jährlich 65 Milliarden Euro.

**65 Milliarden Euro zusätzlich – aber
180 Milliarden Euro mehr als bisher**

Zwischen 2018 und 2023 investierten Unternehmen, private Haushalte und Staat durchschnittlich rund 110 Milliarden Euro jährlich in den Klimaschutz. Um das Ziel für 2045 zu erreichen, müsste dieses Volumen auf 290 Milliarden Euro steigen. Gegenüber dem bisherigen Niveau fehlen damit jährlich rund 180 Milliarden Euro.

Diese Lücke entspricht jedoch nicht den zusätzlichen Kosten der Klimatransformation. Verglichen mit einer Fortführung konventioneller Technologien beträgt der zusätzliche Investitionsbedarf lediglich 65 Milliarden Euro jährlich und damit weniger als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Die beiden Zahlen beschreiben unterschiedliche Sachverhalte: Während die 65 Milliarden Euro den Mehraufwand gegenüber fossilen Technologien ausdrücken, zeigen die 180 Milliarden Euro, wie stark die bisherigen Klimaschutzinvestitionen ausgeweitet werden müssten.

**Unternehmen müssen ihre
Investitionen erheblich steigern**

Knapp drei Billionen Euro des gesamten Investitionsbedarfs entfallen auf private und öffentliche Unternehmen, jährlich rund 140 Milliarden Euro. Großunternehmen

und Mittelständler tragen nach Berechnungen der KfW vergleichbare Investitionslasten.

2024 investierten Unternehmen allerdings erst rund 80 Milliarden Euro in den Klimaschutz. Die notwendige Steigerung trifft auf eine Wirtschaft, deren Investitionsbereitschaft bereits heute unter Druck steht.

Die jüngste Herbstanalyse der Creditreform zeigt, dass schwache Erträge, zurückhaltende Investitionsentscheidungen und eine teilweise geringe Eigenkapitalausstattung die Finanzierungsmöglichkeiten vieler mittelständischer Unternehmen begrenzen. Die Untersuchung belegt keinen allgemeinen Anstieg der Verschuldung, wohl aber erhebliche Unterschiede in der finanziellen Belastbarkeit. [Experten.de berichtete.](#)

Damit treffen zwei Entwicklungen aufeinander: Die deutsche Wirtschaft soll ihre technologische Erneuerung beschleunigen, während zahlreichen Unternehmen bereits die Finanzierung gewöhnlicher Investitionen schwerfällt. Ob zusätzliche Vorhaben umgesetzt werden, hängt deshalb neben verfügbaren Krediten vor allem von Ertragsaussichten, Finanzierungskosten und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab.

Verkehr verursacht fast die Hälfte des Investitionsbedarfs

Mit 45 Prozent entfällt der größte Anteil des Investitionsvolumens auf den Verkehr. Es folgen Energieversorgung mit 25 Prozent, Gebäude mit 22 Prozent und Industrie mit acht Prozent.

Im Verkehr geht es insbesondere um den Ersatz konventioneller Fahrzeuge und den Ausbau der Ladeinfrastruktur. Dabei ist nicht jeder Euro für ein Elektrofahrzeug eine zusätzliche Klimaschutzinvestition, da ohnehin Fahrzeuge angeschafft würden.

In der Energieversorgung beziffert die KfW den Bedarf auf etwa 1,3 Billionen Euro, insbesondere für Stromnetze, Fernwärme und erneuerbare Energien. Die Industrie muss energieintensive Produktionsverfahren modernisieren, während private Haushalte vor allem bei Gebäudesanierungen und Heizsystemen gefordert sind.

Investitionsstau erhöht die Kosten

Bereits 2021 hatte Prognos den Investitionsbedarf auf fünf Billionen Euro geschätzt. Die neue Berechnung liegt eine Billion Euro höher. Als Ursachen nennt die KfW

die Preissteigerungen der vergangenen Jahre und den anhaltenden Investitionsstau.

Damit verteuern nicht nur neue technische Anforderungen die Transformation. Auch bislang aufgeschobene Modernisierungen erhöhen den Kapitalbedarf, weil bestehende Infrastruktur erneuert und gleichzeitig auf klimafreundliche Technologien umgestellt werden muss.

Private Akteure sollen fast 90 Prozent finanzieren

Von den jährlich erforderlichen 290 Milliarden Euro entfallen lediglich 33 Milliarden Euro auf die öffentliche Hand. Rund 257 Milliarden Euro sollen private Akteure aufbringen.

Die Bundesregierung und die KfW setzen deshalb mit dem Deutschlandfonds auf die Mobilisierung privaten Kapitals. Öffentliche Mittel sollen zusätzliche Investitionen anstoßen und Finanzierungsrisiken begrenzen.

Die KfW verweist zugleich auf wirtschaftliche Chancen durch Klimaschutztechnologien, mögliche Einsparungen bei Energiekosten und vermiedene Klimaschäden. Deutschland gehört bereits zu den weltweit führenden Exporteuren entsprechender Güter. Allerdings entstehen die Investitionskosten häufig früher als die erwarteten wirtschaftlichen Vorteile.

Die Studie zeigt damit, dass die Klimatransformation bis 2045 nicht nur zusätzliche Investitionen erfordert, sondern eine erhebliche Ausweitung der bisherigen Investitionstätigkeit voraussetzt. Ob das notwendige Kapital tatsächlich mobilisiert wird, hängt wesentlich von den Finanzierungsmöglichkeiten und Investitionsentscheidungen der Unternehmen, privaten Haushalte und öffentlichen Hand ab.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4952444/KfW-Studie-Sechs-Billionen-Euro-fuer-Klimaneutralitaet---und-die-Frage-wer-sie-investieren-soll/>